



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 22.5.2015  
C(2015) 3372 final

## **BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 22.5.2015**

**über eine Unterstützungsmaßnahme für Tschad zulasten des 11. Europäischen  
Entwicklungsfonds**

# BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 22.5.2015

## über eine Unterstützungsmaßnahme für Tschad zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Länderstrategiepapier für die Republik Tschad für den Zeitraum 2014-2020<sup>3</sup> angenommen, worin die folgenden Prioritäten genannt werden:
  - Unterstützung von Tschad bei seiner Entwicklung durch die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen, darunter der Erdölvorkommen, mit besonderem Schwerpunkt auf den schwächsten Bevölkerungsgruppen und jungen Menschen sowie den sozioökonomisch schwächsten Gebieten;
  - Beitrag zur Friedenskonsolidierung und zur Durchführung von Reformen zur Stärkung der Regierungsführung (Justizwesen, Menschenrechte, Teilhabe der Zivilgesellschaft und der Bürger am öffentlichen Leben, Sicherheit, Verwaltung der öffentlichen Finanzen).
- (2) Mit der im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu finanzierenden Unterstützungsmaßnahme soll ein Beitrag zur wirksamen und effizienten Durchführung von EEF-Finanzierungen in Tschad und zur Verwirklichung der Ziele der Regierung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung geleistet werden. Die Maßnahme „Programm zur Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten“ soll die Kapazitäten des nationalen Anweisungsbefugten in Tschad zur Ausübung seiner Funktionen stärken und gewährleisten, dass die tschadische Verwaltung Eigenverantwortung für den EEF übernimmt, damit die Umsetzung des EEF in Tschad verbessert wird.
- (3) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission<sup>4</sup> erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.

---

<sup>1</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>3</sup> Beschluss C(2014)3681 vom 10.6.2014.

<sup>4</sup> Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

- (4) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die übertragenen Aufgaben sind im Anhang zu diesem Beschluss beschrieben.
- (5) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (6) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde nach Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 bereitgestellten Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von Finanzhilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des EG-Vertrags Anwendung findet<sup>5</sup> –

BESCHLIESST:

#### *Artikel 1*

##### **Annahme der Maßnahme**

Die im Anhang beschriebene Maßnahme „Programm zur Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten“ wird genehmigt.

Die Maßnahme umfasst Folgendes:

- Anhang: Programm zur Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten

#### *Artikel 2*

##### **Finanzieller Beitrag**

Der mit diesem Beschluss genehmigte Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 5 200 000 EUR zulasten des 11. EEF.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen decken.

---

<sup>5</sup> ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

### *Artikel 3*

#### **Durchführungsmodalitäten**

Die Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung werden vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung der im Anhang genannten Einrichtung übertragen.

In dem die Durchführung betreffenden Abschnitt des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Geschehen zu Brüssel am 22.5.2015

*Für die Kommission  
Neven MIMICA  
Mitglied der Kommission*